

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 110
Dezember
2018

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

Weihnachten steht vor der Tür.
Zeit für Familie. Zeit zum Nach-
denken.

Den Blick nach innen und nach
außen richten auch diese Denk-
würdigkeiten.

Wie werden Deutschland und die
Welt im Neuen Jahr? Friedlich oder
eher stürmisch? Definitiv stürmen
Veränderungen und Innovationen
auf uns ein. Können wir Schritt
halten? Bauen wir Bollwerke?
Stellen wir Weichen?

Zeit für Familie. Zeit zum Nach-
denken.

Der Vorstand der pmg wünscht
Ihnen ein frohes und besinnliches
Weihnachtsfest und ein gutes
Neues Jahr

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

THEMEN

Maritime Sicherheit: Neue Sichten auf ein altes Thema

Viele der bisherigen Konstanten in
der Sicherheits- und Verteidig-
ungspolitik sind zu Variablen ge-
worden, global, wie auch regional
betrachtet. Es ist einen Versuch
wert, sich diesen Veränderungen
zu widmen.

Die **Maritime Sicherheit** stellt
sich bewusst einer Eingrenzung.
Eingrenzung und Abgrenzung ge-
genüber dem Begriff Seemacht,
der immer die gelungene Verbin-
dung von Maritimer Wirtschaft mit
all ihren Facetten und einer ent-
sprechenden Marine, die dieser
zivilen Macht entspricht. Dies trifft
nicht auf Deutschland und auch
nicht auf Europa zu. Es geht also
nicht um Seemacht, sondern um
die Bedingungen, die in näherer
und fernerer Zukunft die Deutsche
Marine im Zusammenwirken mit
anderen Marinen zu beachten hat.

Das Thema ist die Zukunft. Zu-
künftiges basiert auf Vergange-
nem, es erscheint uns immer
schwieriger, dies bei den Ent-
scheidungen für die Zukunft zu
bedenken. Oft fehlt das Wissen,

In dieser Ausgabe

1 Maritime Sicherheit: Neue Sichten auf ein altes Thema

Lutz Feldt

5 The New Thirty Years War (2018-2049)

Yossef Bodansky

9 Buchrezension

Beatrice Heuser

10 The Historic 2018 Maritime Boundary Treaty between Timor- Leste & Australia

Dr. Anne-Marie Schleich

aber es ist auch eine ausgeprägte
Hinwendung zu reinem Pragma-
tismus, der das Denken begrenzt.
Das Heute, das Hier und Jetzt,
steht allerdings dieser Erkenntnis
oft im Wege.

Einige wichtige **Kriterien (neue
Variable)** sind an den Anfang zu
stellen, die die maritime Sicherheit
mittel- und langfristig bestimmen
werden.

Da sind zuerst der **Klimawandel**
zu nennen und die **hybride Krieg-
führung**, besonders die Bedro-
hung, die vom Cyberspace und
dem Terrorismus ausgeht.

Auf die Konsequenzen der **demo-
graphischen Entwicklung** ist
Bezug zu nehmen, sehr wohl wis-
send, dass dies auf die zuneh-
mende Bedeutung von Ausbildung
und Erziehung hinweist. Ziel der
Ausbildung und Erziehung
muss Bildung sein, also mehr als
die Summe von Kenntnissen, die
zur Ausübung des Berufs notwen-
dig sind. Von Bildung, die dann
auch zu langfristigem, strategi-
schem Denken und Handeln be-
fähigt, einmal ganz abgesehen.

Die Einsätze werden in der Zukunft durch die Verfügbarkeit neuer **Technologien** bestimmt werden. Hochautomatisierte und auch autonome Systeme werden verstärkt Einzug in alle Dimensionen der Seekriegführung halten. Deren Einsatzspanne wird von Aufklärung und Überwachung bis hin zur Bekämpfung von Zielen ohne die Gefährdung eigenen Personals reichen. Diese Systeme werden die Anzahl der zivilen Opfer verringern.

Technologische Spitzenprodukte hat unser Land in vielen Bereichen, besonders aber im Bau von Spezialschiffen und der Unterwasserkriegführung, abgestützt auf modernste Unterseeboote, verbesserte Ortungsverfahren sowie in der Minenkampfführung zu bieten. Dazu gehört auch die Minenlegefähigkeit, da nur mit ihr die volle Bandbreite dieser Seekriegsfähigkeit abgebildet ist. Dieses wird sich wiederum auf die Einsatzgrundsätze auswirken.

Ebenfalls Auswirkungen auf zukünftige Einsätze wird die deutsche Beteiligung an der Abwehr ballistischer Flugkörper haben. Da die für diese Aufgaben verfügbaren Einheiten zugleich in die Flugkörperabwehr schwimmender Verbände eingebunden sind, wird es zu einer multinationalen Aufgabenteilung beim Einsatz dieser Fähigkeit im Verbund der ballistischen Flugkörperabwehr kommen müssen. Dies ist eine Mitwirkung auf strategischer Ebene, die sowohl von der EU als auch der NATO vorangetrieben wird.

Welche Folgerungen sich daraus ergeben können, soll nun erläutert werden. Was bedeutet dies konkret für die Marine?

1. Die Qualität der **zivil-militärischen Zusammenarbeit**, bei allen militärischen Operationen, auch den Kampfeinsätzen, wird ausschlaggebend für den Erfolg sein. Der Erfolg der hybriden Kriegführung, wie wir sie in Georgien und auf der Krim, der Ost-Ukraine gesehen haben und wie sie zur See in der Südchinesee heute zu beobachten ist, macht deutlich wie wichtig dieses Zusammenwirken ist. Es ist auch in

anderen Seeräumen damit zu rechnen.

2. Die Sicherheit Europas, unsere Sicherheit, ist in den nächsten Jahrzehnten auf das **Engagement der USA** angewiesen. Deren Einbindung in die NATO ist unser vitales und ureigenes Sicherheitsinteresse. Die Zusammenarbeit mit der US Navy hat eine hohe Priorität. Prognosen, die für den Nordatlantik als heute wichtige Handelsroute, eine deutliche Reduzierung des Handels der USA mit der EU sehen, sind ernst zu nehmen, der Arktische Ozean wird dafür mittel und langfristig an Bedeutung gewinnen.

3. Die **Zusammenarbeit** zwischen NATO und EU bleibt von großer Bedeutung und ist schon heute komplementär. Eine Stärkung der Europäischen Fähigkeiten ist eine wichtige Konsequenz.

4. Die Verantwortung für die **maritime Sicherheit** in der Ostsee und dem Nordatlantik ist für die Landesverteidigung von Bedeutung. Dieses begründet neue Fähigkeiten. Der Arktische Ozean ist ein maritimer Raum von strategischer Bedeutung. Seine Bedeutung für die Wissenschaft ist ungebrochen. Dies gilt auch für die dort vorhandenen Ressourcen. Russland als der größte Anrainerstaat der Arktis und verantwortlich für die Nordost Passage, sieht sich hier im möglichen Konflikt mit China, das sein Interesse an der Arktis deutlich formuliert hat. Sicherheitspolitische Aspekte dürfen nicht länger ausgeblendet werden. Die Risiken, dass bestehende Konflikte eskalieren können, müssen in alle Überlegungen und strategische Betrachtungen einbezogen werden.

5. Die Abwehr von **Cyberangriffen**, also weitaus mehr als nur unkoordinierter Hackerattacken, erfordert eine gesamtstaatliche Reaktion. Diese Angriffe können unsere Gesellschaft treffen, ohne dass ein bewaffneter Soldat die Grenze überschreitet. Die Antwort darauf erfordert mehr als nur defensive Fähigkeiten. Reaktion reicht hier nicht. Cyberangriffe finden auch auf See statt, sie sind gegen die maritime Infrastruktur, gegen Häfen, Schiffe und Kriegs-

schiffe gerichtet. Die Frage, wann ein solcher Angriff die nationale und europäische Sicherheit gefährdet, bedarf der Erörterung innerhalb der Bundesregierung.

6. Die Sicht, die dem Grundsatz folgt: **Global denken und regional handeln**, basiert auf multinationalem Verständnis, ist eine Stärke der NATO und der EU. Wenn multinationales, damit eingeschlossen das Handeln in Bündnissen, durch bi-laterales Handeln zuerst ergänzt und dann ersetzt wird, ist dies eine deutliche Schwächung der Sicherheit. Die Deutsche Marine ist eine in das Bündnis integrierte Marine.

An dieser Stelle soll an einen Sachverhalt hingewiesen werden, der im Zusammenhang mit den aktuellen Initiativen, Entscheidungen und Diskussionen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als bedenkenswert erscheint. Ein Bezug ist die PESCO Initiative, ein anderer die Diskussion um eine Europäische Verteidigungsunion.

Es wäre ein Versäumnis, diesen ersten Schritt zu mehr Gemeinsamkeit nur als eine begrenzte Initiative zu begreifen. Sie bietet Chancen, die einen Schwerpunkt in der Forschung und Entwicklung haben nicht nur im operativen Einsatz. Und man sollte sie als eine strategische Initiative sehen. Sie sollte Eingang in die Planungen der Marine finden.

Als Erinnerung an die WEU und dann EU sei darauf hingewiesen, dass die „Operation Südflanke“ im Mittelmeer und im Persischen Golf von der WEU koordiniert wurde, die NATO kam für Deutschland damals als Option nicht in Frage. Das war 1990/91.

Die Operation „Sharp Guard“, wie wir sie erinnern, ging aus den beiden Operationen „Maritime Guard“ und „Sharp Fence“ hervor, eine Zusammenarbeit von NATO und WEU. Das war 1993. Hat das aber Einfluss auf die damaligen Gedanken zukünftiger Einsätze gehabt? Wohl eher nicht.

Das Parallelogramm, das auch in Zukunft maßgebend die Fähigkei-

ten und die Einsätze der Marine bestimmen wird, besteht aus der Politik, dem Parlament, dem Bundesministerium für Verteidigung, dem Außenministerium als einem Eckpunkt. Der militärischen Führung der Bundeswehr mit dem Generalinspekteur als zweitem Eckpunkt, der Marine und ihrem Stab als drittem Eckpunkt und den Medien, den gedruckten wie den elektronischen, als viertem Eckpunkt. Nach dem Willen der Regierung soll nun das Entwicklungsministerium ebenfalls eine gewichtige Rolle spielen.

In diesem Parallelogramm sind die Kräfteverhältnisse jedem vertraut. Es ist ein schiefes Konstrukt. Die Entscheidungsmacht über Fähigkeiten und die notwendigen Ausprägungen für den Einsatz und die Fähigkeiten ist nicht da angesiedelt, wo der Sachverstand angesiedelt ist. Und das Wissen um Maritime Aspekte allgemein und der Marine insbesondere, ist in den Medien oft nicht von Wissen und Kenntnissen, sondern von Meinungen geprägt.

Dies wird sich nur dann ändern, wenn es allen ernsthaft um die Einsatzfähigkeit geht. Es ist an allen vier Eckpunkten des Parallelogramms in erster Linie eine Führungsaufgabe, und in zweiter eine Management- und Verwaltungsaufgabe, die allerdings ebenfalls dem Einsatz verpflichtet sein sollte.

Die Strategie der NATO und deren maritime Ableitung, und die neue Strategie der EU und ihrer maritimen Strategie, setzen einen Rahmen. Die von der Marine entwickelten eigenen strategischen Grundsätze sind hervorzuheben, sie haben der Marine intern gut getan, auch wenn ihnen die Außenwirkung verwehrt blieb.

Aber letztendlich sind es die Regierungen der Mitgliedsstaaten von NATO und EU, die die Ausprägung zukünftiger Einsätze der Marinen bestimmen. Eine bedeutende Frage wird dabei das Verhältnis zur Royal Navy sein, die eine wichtige Rolle in der NATO spielt. Die nukleare Abschreckung, an der Deutschland durch die NATO eine definierte Teilhabe hat,

ist zu bedenken, auch wenn dies für die Marine kein Kriterium ist.

Das Weißbuch 2016 bestimmt die sicherheitspolitischen Gestaltungsfelder Deutschlands, es ist bündnisorientiert. Es bietet für die Marine eine positive Orientierung für die Zukunft. Die stärkere Hinwendung zur Landesverteidigung wird auch die Einsätze der Marine und ihre maritimen Einsatzräume bestimmen.

Der politisch gewollte Abbau militärischer Fähigkeiten, erzwungen durch eine drastische Kürzung des Gesamtbudgets über Jahre hinweg, und nicht durch einen planvollen, abgestimmten Prozess vollzogen, hat die Marine ins Mark getroffen. Da der Prozess fast ausschließlich an nicht militärischen Kriterien ausgerichtet war, ist er nicht schnell umkehrbar, das hat Einfluss auf die Einsatzfähigkeit der Marine. Hier geht es darum, die Ausrüstung, Quantität und Qualität, auf den Stand zu bringen, der für Einsätze der im Weißbuch genannten Aufgaben notwendig ist.

Die Ausprägung der zukünftigen Einsätze wird auch zukünftig das gesamte Spektrum der maritimen Fähigkeiten erfordern. Also werden auch in der Zukunft Einsätze abverlangt, die am unteren Ende der Fähigkeiten rangieren, Einsätze, wie die Operationen Atalanta gegen die Piraterie, wie auch Sophia zum Kampf gegen Schlepper und Menschenhändler, beide unter der Führung der EU, oder die Operationen der NATO, „Ocean Shield“ und „Sea Guardian“. Aber auch die Operation UNIFIL vor und im Libanon gehört dazu. Unteres Ende der Fähigkeiten: keine wertende Aussage, sondern eine Beschreibung von abverlangten Fähigkeiten. Diese Einsätze dienen auch der Sicherung der Europäischen Außengrenze.

Humanitäre Hilfseinsätze werden kurzfristig zu leisten sein, wie nach dem Tsunami vor der Küste Nord Sumatras, in Banda Aceh, immer im Zusammenwirken mit den anderen Teilstreitkräften, eingebunden in multinationale Operationen.

Dies Alles hat negative Auswirkungen auf die Fähigkeiten, die am oberen Ende angesiedelt sind, die der Krisenbewältigung und des Waffeneinsatzes. Dies muss verstanden und akzeptiert werden oder ein Umdenken der Politik bewirken.

Die Stärke, im internationalen Umfeld situationsgerecht und angemessen zu agieren, wenn es die Politik zulässt, hat der Marine, gerade auch im östlichen Mittelmeer, große Anerkennung eingebracht.

Die technische Entwicklung bietet auch Möglichkeiten, Personalumfänge anders zu planen: eine halbautomatische Fregatte ist heute keine Vision, sondern eine Aufgabe. Dienstposten müssen von den Anforderungen her attraktiv ausgestattet sein: Soldaten wollen in ihrem militärischen Alltag nicht hinter ihr tägliches Erleben im zivilen Alltag zurückfallen! Schon ausgebildetes Personal zu halten sollte die gleiche Bedeutung haben, wie neues zu gewinnen.

Wie können nun die Bedingungen und Voraussetzungen zukünftiger Einsätze aussehen?

Die auf taktischer Ebene erreichten Fortschritte in dem Zusammenwirken von NATO und EU müssen von der operativen Ebene, den Stäben und Ämtern als Auftrag verstanden werden. Dies gilt zu allererst für die Lagebilderstellung und den Informationsaustausch. Ob eigene Europäische Maritime Einsatzverbände sinnvoll ist, sollte in Hinblick auf die Europäischen Meere geprüft werden. Die Initiativen der Deutschen Marine im Ostseeraum, die intensive Kooperation und Integration bestimmter, für die Zukunft besonders wichtiger Einsatzfähigkeiten, mit den Niederlanden, mit Norwegen, ist Ausdruck langfristiger Überlegungen. Dieser Prozess ist fortzuführen und wird die Einsätze bestimmen.

Die Beteiligung am Einsatz des französischen Trägerverbandes im Mittelmeer und Arabischen Golf war ein wertvoller Beitrag. Dies kann auch in anderen Seegebieten notwendig werden, in denen schon heute das Recht auf den

freien Zugang nachhaltig behindert wird.

Wer den Wert beider Organisationen, den der NATO und den der EU erkennen will, braucht nicht zur Operation Südflanke zurückschauen, wo die NATO keine politisch akzeptable Option für Deutschland war, heute ist es für die Türkei keine Option, eine EU geführte Aktivität in der Ägäis zuzulassen, da muss es die NATO sein.

Aber es ist auch offensichtlich, dass breit angelegte Fähigkeiten die Grundlage zur hybriden Kriegführung bilden. Ein Blick nach Osten zur Russischen Föderation als auch noch weiter nach Osten zur Volksrepublik China zeigt uns, wie erfolgreich diese Art der Kriegführung ist. Diese Kriegführung funktioniert an Land genauso wie auf See und im Cyberspace, im Schwarzen Meer, in der Südchina See und auch in der Ostsee.

Dies alles führt zu Szenarien, die auch die Fähigkeiten abverlangen, die zur Krisenbewältigung und zur Kriegführung notwendig sind. Das Wissen und die Anwendung der Artikel 3 und 4 des NATO Vertrages hilft die Anwendung des Artikels 5 als letztes Mittel anzusehen. An der Anwendung der eine Zeitlang oft genannten Kapitel VI und VII der Charta der UN, gibt es gegenwärtig wenig Interesse.

Die Notwendigkeit, die Mentalität aller Handelnden im Informationsverhalten zu größerer Offenheit hin zu ändern, ist heute im Informationszeitalter eine Grundbedingung für den Erfolg. Die Marine kann davon profitieren, wenn sie sich aktiv an diesen Themen beteiligt. Die zivil-militärische Zusammenarbeit, kann nur gelingen, wenn dies aktiv gestaltet wird.

Die Europäische Union entwickelt seit 2010 einen gemeinsamen Informationsraum. Die Entwicklung ist bis zum Ende des Jahres abgeschlossen. Das bisher erreichte bedarf der politische Unterstützung und der Umsetzung in den Marinen. Die Deutsche Marine ist hier aktiv beteiligt. Allerdings liegt die Federführung beim Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur.

Es ist eine müßige Frage ist, ob die Mine eine defensive oder offensive Waffe ist. Das gleiche gilt auch für alle Cyberoperationen. Cyberkriegführung stellt uns vor neue Aufgaben. Die täglichen, zahllosen Angriffe auf zivile und militärische Ziele erfordern auch die Beantwortung der Frage, wann die Grenze von Provokation zu feindlichem Handeln überschritten wird. Schutz macht auch das Planen und Ausführen von Gegenoperationen notwendig.

Aber es sind auch operative Konzepte zu bewerten, an deren Entwicklung Europa nicht beteiligt war. Es die Frage zu beantworten, wieweit sie für uns relevant und für die NATO und die EU von Bedeutung sind.

Dabei geht es für uns um die wichtige Überlegung, inwieweit ein Staat die Bewegungsfreiheit von Marineeinheiten einschränken kann und will und den Zugang zu bestimmten Seegebieten erschwert und verhindert. Ob das, als eine Antwort darauf, entwickelte US „Air Sea Battle Concept“, das sich im Pazifik gerade einem Realitätscheck stellen muss, für uns relevant ist, sei dahingestellt. Die dadurch vorgegebene Zusammenarbeit von Luftwaffe und Marine, ist allerdings auch für uns wichtig. Wir sollten diese Konzepte studieren und uns fragen, was wir denn mit vergleichweisem Vorgehen in der Ostsee und im Nordatlantik erreichen können.

Ein weiterer Aspekt, der einen weiterhin Einfluss auf die Ausprägungen der Einsätze der Marine haben wird, ist der Einsatz unbemannter Systeme. Die Schnittstelle vom Menschen zur Maschine, zwingt zur Beantwortung der Frage: wieviel Maschine und viel Mensch wollen wir? Das müssen wir beantworten. Dass dieser Einsatz auch eine ethische Dimension hat, ist eigentlich keine neue Erkenntnis für Soldaten, denn das trifft auf alles soldatische Handeln zu und muss ein gewichtiger Teil der Führungsverantwortung sein und berufsbegleitend ausgebildet werden.

Die Drohne ist in allen Bereichen der Seekriegsführung zu beachten. Der Einsatz von Drohnen weist auf den Seekrieg aus der Luft hin. Hier sind grundsätzliche Entscheidungen getroffen worden, deren Kriterien aber seit 2003 nicht mehr hinterfragt worden sind. Wenn die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter praktische Ausformungen erhalten soll, ist die Frage erlaubt, warum nicht Deutsche Kampf- und Aufklärungsflugzeuge von einem französischen Flugzeugträger aus operieren können. Eine Staffel dafür vorzuhalten, wäre mehr als nur Symbolik.

Die Drohne spielt im Zusammenwirken mit zivilen Kräften eine besondere Rolle. Auch hier müssen neben den wichtigen Einsatzverfahren auch die rechtlichen und die ethischen Aspekte offen diskutiert werden. Hier gilt es Wissen in die Gesellschaft hinein zu vermitteln, Wissen sehe ich hier ganz eindeutig im Gegensatz zur Meinung, die man dazu bildet.

Es bleibt die wichtige Frage zu bewerten, welchen Einfluss der Klimawandel auf die Einsätze der Marine haben wird. Damit sind nicht nur daraus resultierende humanitäre Operationen gemeint. Die Zunahme der schon heute kontrovers geführten Dispute über die Grenzen der Außenwirtschaftszonen und damit verbunden der Zugang zu Ressourcen ist ein wichtiger Faktor. Das ist nicht nur ein Kriegsrisiko in der Südchina See, sondern ebenso im östlichen Mittelmeer und auch schon heute in der Arktis.

Eine Folge des Klimawandels wird auch weiterhin Flucht über See sein, damit Gefahr und Not für viele Menschen, deren Rettung zum Selbstverständnis unseres Berufes gehört.

Zusammenfassung

Die Fähigkeit zur Seekriegsführung in allen vier Dimensionen wird erweitert durch notwendige Fähigkeiten im Aufgabenbereich der Maritimen Sicherheit insgesamt.

Das in der EU entwickelte Konzept der zivilen und militärischen Zusammenarbeit hat sich bewährt und ist die Stärke der Europäischen Union. Auch das praktizierte Zusammenwirken von NATO und EU hat sich bewährt.

Die multinationalen Operationen, eingeübt in NATO und EU, haben einen hohen politischen und operativ/taktischen Wert. Die permanente, strukturierte Zusammenarbeit der EU ist ein Einstieg in einen offenen Prozess.

Die breite Anerkennung der Leistungen der Marine in der internationalen Zusammenarbeit sollte durch die Diplomatie stärker genutzt werden.

Lutz Feldt

Vizeadmiral a. D. Lutz Feldt wurde im April 1945 in der Hansestadt Greifswald geboren. Er wuchs in Ahrensburg bei Hamburg auf. Im April 1965 trat in die Bundesmarine ein, dort diente er 41 Jahre sowohl an Bord von Booten und Schiffen, war zweimal Kommandant, als auch in unterschiedlichen Verwendungen im Verteidigungsministerium und in der NATO eingesetzt. Herausgehobene Verwendungen waren dabei die eines Befehlshabers des Wehrbereichs I Küste in Kiel, des Befehlshabers der Flotte in Flensburg und des Inspektors der Deutschen Marine in Bonn und Berlin.

Nach der Pensionierung im Mai 2006 war er 5 Jahre Präsident des Deutschen Maritimen Instituts, er engagierte sich für das Bonner Forum der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. 2008 und 2009 arbeitete er als Berater der Europäischen Kommission in Fragen der Sicherheit der Maritimen Infrastruktur und der Handelswege in Asien und Afrika. Seit 2009 ist er sowohl für die Europäische Kommission als auch die European Defence Agency tätig, als Mitglied des „Wise Pens Teams“ für die Aufgaben der Meeresüberwachung und des Informationsaustausches im maritimen Bereich Europas.

Seit 2011 ist er Direktor von „Wise Pens International Limited“ und arbeitet zusammen mit vier anderen pensionierten Admiralen aus Europäischen Marinen als „Think Tank“ zu allen Aspekten der Maritimen Sicherheit.

Als Mentor und Vortragender ist er seit 2006 regelmäßig bei Seminaren des US Naval War College eingesetzt, in den USA, in Europa und im Nahen Osten.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

The New Thirty Years War (2018-2049)

The People's Republic of China is now actively preparing for a possible war with the US in the foreseeable future. While the

Forbidden City concluded already in the second half of September that such a clash was all but inevitable – it was in late October that the PLA was ordered by President Xi Jinping in person to begin such preparations for war. In action and word, the PRC has started making concrete preparations for a major war against a US-led coalition on all neighboring seas and along all borders except with Russia and Mongolia.

Significantly, the Forbidden City considers the current crisis the beginning of a new Thirty Years War (2018-2049) aimed to guarantee the ascent of China as a global Hegemon despite desperate efforts by the US-led West to prevent this. This Thirty Years War is deemed by Xi Jinping's Beijing to be imperative for the successful last sprint that will guarantee the successful completion of China's Hundred Years Marathon. Little wonder that senior officials in Beijing now warn that the PRC will not hesitate to use force to defeat and reverse any attempt at containing the historic ascent of China to becoming the global Hegemon comes 2049.

The profound change in Beijing's perception of the national security posture was already apparent in the Vostok-2018 military exercise in eastern Siberia on 11-15 September 2018. Although the PLA's Regiment-level combat force that participated in the exercise was about 1% of the Russian forces involved – the Chinese forces were fully integrated into the Russian forces for the final decisive ground-air assault on the invading forces in the exercise. Most significant, however, is the war-scenario simulated in Vostok-2018. A “major power” with a huge navy and sophisticated powerful armed forces invaded a neighboring country. Soon, the war spread first toward, and then across, the Russian-Chinese border. Consequently, Russian and Chinese forces launched a major holding operation in order to stop and defeat the offensive. Then, they went on the counter-offensive to banish the invader from the neighboring country. Meanwhile, the navies and air

forces of both China and Russia pushed back the powerful navy and reestablished the regional A2/AD bubble.

On 27-28 September, Xi Jinping conducted an inspection tour of the PLA's Northern Theater Command in Shenyang Province. He visited the Command's main force grouping – the 79th Group Army – that will be the first to intervene in a future war on the Korean Peninsula. He visited the Group Army's key units and observed drills of ground and air forces. Xi Jinping paid special attention to the up-grading and updating of the Group Army's weapon systems in view of the sophistication of their prospective enemy – the US.

Xi Jinping then met with the commander of the 79th Group Army, Major General Xu Qiling, and key senior officers at the Group Army's headquarters in Liaoyang, Liaoning, to discuss in secret the current and future challenges. He emphasized the imperative for enhanced readiness for war. Xi Jinping instructed the senior officers to “*strengthen the military training and war preparedness of the Group Army and improve its capability to win wars.*” He explained that it is important to strengthen the military “in the new era and military strategy for new conditions.” Xi Jinping instructed that “*The Group Army should integrate itself into the joint operation system of the PLA, carry out the requirements for transformation of the army and accelerate the building of new combat forces, to further liberate and develop its combat capability.*” He concluded by urging the PLA commanders to be “daring to battle and being sure to win.”

On 25 October, Xi Jinping made a similar inspection tour of the Southern Theater Command, Guangdong Province, that is responsible for operations in the South China Sea and against Taiwan. Xi Jinping first visited a forward command post and was briefed about “the joint-operation commanding system for theater commands.” From the post, he

had a video-conversation with unit commanders on the South China Sea islands and key coastal outposts. He was briefed about the ongoing operations and force-building under their command. Xi Jinping instructed them “to accelerate the build-up and advanced training” of their respective units in order “to enhance the military’s ability to win modern wars.”

Xi Jinping then had a closed meeting with the Southern Theater commander Vice-Admiral Yuan Yubai, the first naval officer to command a PLA Theater, and key senior officers at the Theater headquarters. He noted that the Southern Theater Command has been bearing a “heavy military responsibility” in recent years. Hence, he – Xi Jinping – was visiting in order “to assess the situation [the Theater] is facing and boost its capabilities so it can handle any emergency. ... It is necessary to strengthen the mission ... and concentrate on preparations for fighting a war,” he said. “We need to take all complex situations into consideration and make emergency plans accordingly. We have to step up combat readiness exercises, joint exercises and confrontational exercises to enhance servicemen’s capabilities and preparation for war.” Xi Jinping instructed that the theater commands “accelerate capacity-building for commanding and improve their commanding and operation systems to ensure smooth and efficient command.” [alternate translation of the key sentence: Xi Jinping underlined “the importance of preparing for war and combat, while taking consideration of various complex situations, improving response plans and focusing on real-combat training.”]

That evening, a similar hardening of position was made by Defense Minister Wei Feng in Beijing. He delivered a keynote speech at the opening session of the semi-annual Xiangshan Forum in Beijing. The overall theme of the conference is “win-win cooperation” with “a more open and friendly China.”

In the first part of the speech, Wei Feng merely repeated all the usual propaganda themes about a peace-loving China devoid of global aspirations. He assured that the Chinese military “will never become a threat to other countries.” Even as China is rising to become the world’s leading economic powerhouse – China will not exploit this to coerce other countries. “Regardless of our level of development, we will not seek [military] hegemony, we will not engage in any military expansion or arms race,” Wei Feng stressed.

Wei Feng then changed his tone drastically when focusing on the security situation in the south – both Taiwan and the South China Sea. He articulated an assertive and uncompromising Chinese policy in terms stronger than before. “The Taiwan issue is related to China’s sovereignty and territorial integrity and touches upon China’s core interests,” he said. “On this issue, it is extremely dangerous to repeatedly challenge China’s bottom line. If someone tries to separate out Taiwan, China’s military will take the necessary actions at any cost.” Wei Feng had a similarly clear message regarding the South China Sea. “The islands in the South China Sea have long been China’s territory. They’re the legacy of our ancestors and we can’t afford to lose a single inch of them,” he stated. “The South China Sea situation is stabilizing, which proves that all countries can take care of their own affairs. China opposes countries that come to the South China Sea from outside of the region in the name of freedom of navigation to show force and provoke, which leads to rising tensions,” Wei Feng explained.

By then, the new hardline strategy for confronting the US Navy was already being implemented in the South China Sea. Chinese senior officials explained that the aggressive response by the PLA’s Navy to the FONOP patrol by the US Navy close to Gaven and Johnson Reefs back on 30 September was an early manifestation of Beijing’s new assertive

policy. At the time, the Chinese destroyer Luyang cut in front of the USS Decatur. For a short while, according to the US Navy, the Luyang “approached within 45 yards of Decatur’s bow” in what the US Navy considers an “unsafe and unprofessional manner.” Beijing was extremely annoyed by this specific FONOP because it took place a day before the PRC’s National Day. The PLAN destroyer “conducted an identification and warning process to drive the USS Decatur away,” explained Wu Qian, spokesperson of the Ministry of National Defense. “The Chinese Armed Forces will continue to take all necessary steps to protect the country’s sovereignty and security.”

The Chinese professional elites rallied behind Beijing’s world view. “The US provocation came first and then China took defensive action,” Professor Su Hao of the China Foreign Affairs University in Beijing rationalized for the *South China Morning Post*. “The US warship would not have left the area if the Chinese ship had not sailed near it.” Yet, Chinese experts fear uncontrolled and uncontrollable escalation driven by the bitterness of the escalating trade war. In a *Global Times* article, Li Kaisheng of the Institute of International Relations, the Shanghai Academy of Social Sciences, articulated Beijing’s apprehension. “As the China-US trade conflict is likely to escalate into a comprehensive strategic confrontation, the South China Sea has become a card in Washington’s hand again. This sums up the reason behind the encounter of Chinese and American military ships in the South China Sea. ... Howsoever severe the trade confrontation is, it is not a military conflict. But the South China Sea concerns sovereignty and military issues which are highly sensitive and may even trigger armed conflicts. If the China-US confrontation is exaggerated unlimitedly, it would only lead to more similar encounters of warships and both sides will fall into the Thucydides trap.”

Ultimately, the formulation of the

increasingly belligerent doctrine is a logical evolution of Beijing's analysis and threat assessment based more on US actions than a reaction to the rhetoric of US leaders. Indeed, in a series of political moves against China starting late September the US effectively escalated the confrontation between Trump's Washington and Xi's Beijing. While the Trump White House considers these unilateral moves integral elements in the wrenching-up of the trade war – the PRC consider them the beginning of a new Thirty Years War (2018-2049) over the ascent of China as a global Hegemon. Since Beijing is not going to either compromise with the US over the key trade and defense issues or slow down the ascent of China as the leading world power – the resulting confrontation with the US will only keep escalating at least until the milestone 2049. The Forbidden City is determined to guarantee the successful completion of China's Hundred Years Marathon irrespective of the cost – including, if unavoidable, a confrontation with the US.

For Beijing, the turning point was on 20 September. The United States imposed sanctions on a series of Russian and Chinese entities on account of the purchase of Russian-made weapon systems and advanced technology by the PLA. Both Beijing and Moscow considered this to be an unprecedented intervention by a third party – ostensibly in the name of commercial interests – in the defense relationship of two sovereign great powers. For its part, Beijing went further and concluded that these sanctions were part of an intentional effort by the US to harm the PRC's long-term military build-up and particularly the acquisition of hi-tech strategic capabilities.

With time, the mere imposition of the sanctions focused the attention of the Kremlin and the Forbidden City on the inevitable aggregate outcome of the concurrent major developments in Northeast Asia starting early September. Beijing relishes the emergence of a new regional order in Northeast Asia based on

an irreversible rapprochement between the Koreans in defiance of US objections, the integration of the regional economies (including Japan's) into the Chinese dominated Belt and Road Initiative (BRI) through a railway network crossing both Koreas, having Russian-origin pipelined hydro-carbon supplies supplant supplies from US-allies in the Persian Gulf, and having it all happen under a Chinese and Russian regional security umbrella. Both the Forbidden City and the Kremlin have no doubt that sooner or later the Trump White House will launch a major effort to reverse this dynamic. Thus, each and every event, even if on their own are not sufficient to spark the conflict, reinforces the conclusion that a profound face-off with the US is inevitable. The sanctions thus forced a profound reassessment of the overall dynamics and future prospects for a confrontation with the US.

Meanwhile, on 26 September, President Donald Trump personally escalated the confrontation during his UNGA speech in New York. For him, it is all personal. *"Regrettably, we found that China has been attempting to interfere in our upcoming 2018 election coming up in November against my administration,"* Trump stated. *"They do not want me, or us, to win because I am the first president ever to challenge China on trade. And we are winning on trade. We are winning at every level. We don't want them to meddle or interfere in our upcoming election."* The new confrontation also expanded to Trump's personal attitude toward President Xi Jinping. *"He [Xi Jinping] may not be a friend of mine any more but I think he probably respects me,"* Trump asserted.

On 4 October, Vice-President Mike Pence delivered a major speech on Sino-US relations that reiterated the new confrontational bellicose policy toward China. Far more important, Pence put Trump's accusations in the context of a coherent analysis of Sino-US relations and the US long-term strategy of "containment". Pence accused Beijing of "ma-

align" efforts to undermine Trump ahead of the mid-term elections. This was the initial phase of a long-term campaign of *"covert actors, front groups, and propaganda outlets to shift Americans' perception of Chinese policies"* and thus defeat Trump's reelection bid in 2020. *"China wants a different American president,"* Pence stated. He also accused the PRC of efforts to *"displace the US in the Indo-Pacific region"* that are manifested by confrontational policies in the South China Sea. Pence thus integrated the aftermath of the 30 September confrontation into the US overall doctrine. *"Despite such reckless harassment, the United States Navy will continue to fly, sail and operate wherever international law allows and our national interests demand. We will not be intimidated. We will not stand down,"* Pence declared.

Action followed words. On 22 October, the US withdrew from the 1987 Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) Treaty originally signed with the Soviet Union. The treaty bans ground-launched ballistic and cruise missiles with ranges between 500 and 5,500 kms. Beijing is very worried about the US walk away from the INF Treaty, and is convinced that this has little or nothing to do with the alleged Russian violations. INF-range missiles are crucial for the US ability to challenge the Chinese formidable A2/AD bubble, as well as the Russian, in the Far East. Presently, the PLA's A2/AD bubble will make it extremely difficult and costly for US forces to strike the Chinese economic bastion along the China Sea coast in case of a Sino-US war, as well as intervene in support of Taiwan. The Sino-Russian A2/AD bubbles, that are coordinated and increasingly integrated, mainly near North Korea, will severely complicate the US ability to strike North Korea under current conditions. As such, the Sino-Russian A2/AD bubbles implement the scenario of Vostok-2018. Hence, senior defense officials and experts in Beijing interpret the US withdrawal from the INF Treaty as a clear manifestation of the growing US bellicosity and active prepara-

tions for a future war.

If Beijing needed any confirmation of its reading of the US intentions – they received it on 25 October. Lieutenant General (ret) Ben Hodges, the US Army commander in Europe in 2014-2017, warned a NATO conference in Warsaw of an impending Sino-US war. *“I think in 15 years, it’s not inevitable, but it is a very strong likelihood that we will be at war with China,”* he told the conference. There are numerous signs pointing to an *“an increasingly tense relationship and increasing competition in all the different domains.”* Among these are the growing tensions in the South China Sea, Beijing’s *“constant stealing [of] technology,”* and Beijing’s *“gaining control of infrastructure abroad”* by funding construction projects in Africa and Europe. It is imperative for the NATO allies to internalize this because *“The United States does not have the capacity to do everything it has to do in Europe and in the Pacific to deal with the Chinese threat,”* Hodges explained. Thus, the NATO countries must *“permanently assign forces for the eventuality that in 10 or 15 years we’re going to be having to fight in the Pacific,”* Hodges advised. For Beijing, Hodges’s opinion reflects Trump’s intentions and policies.

For Xi Jinping’s Beijing, the new Thirty Years War is crucial for the successful completion of China’s Hundred Years Marathon and the emergence of China as a global Hegemon. Beijing is convinced that Trump’s Washington comprehends this, and is adamant on containing and blocking this ascent virtually at all cost. The US words and sanctions confirm that the trade war is but an integral component of a wider and more profound a crusade aimed to contain, suppress and prevent the PRC’s rise, as well as contain and suppress the PRC’s allies, most notably Russia, and prevent their joint effort at consolidating a new viable Eurasian Sphere, as well as the harvesting of Africa’s richness.

However, the US is failing in its

efforts to reverse these trends through diplomatic and commercial means even among its closest allies. The ongoing harnessing of both Koreas and Japan into the framework of the expanded Belt and Road Initiative (BRI) – as manifested in the just completed pilgrimage of Japanese Prime Minister Shinzo Abe to Xi Jinping’s Beijing, and the myriad of DPRK-ROK cooperation agreements in multiple spheres – have already created an irreversible dynamic favorable to Beijing’s long-term interests. Hence, the real dread in Xi Jinping’s Forbidden City is that Trump will attempt a dramatic breakout in a desperate effort to reverse the course of the entire Eurasia – a breakout that will, in turn, escalate to war. Hence, Xi Jinping instructed the PLA to start preparing for a shooting war.

Presently, the words of Trump and Pence only serve to reinforce Beijing’s chauvinist-xenophobic attitude toward a hostile US desperate to contain the PRC. Beijing’s apprehension is exacerbated by reports from Washington about the forthcoming G20 Summit in Argentina. The White House would like to exclude trade from the agenda of the planned meeting between Presidents Trump and Xi Jinping. Thus, the US will refuse to talk trade *“until Beijing shows it is serious about addressing the US’s list of negotiating demands”* including help on North Korea, relations with Russia, and the posture in the Indo-Pacific and particularly the South China Sea and Taiwan.

According to Chinese senior officials, Beijing has so far declined the US offer for a meeting under these conditions. Indeed, Beijing considers the idea a form of extortion unbecoming normal international relations. *“The US side knows China values the importance of summits,”* explained Professor Wang Yong of the School of International Studies at Peking University in Beijing. The Forbidden City determined that *“the demands by the Trump administration have exceeded what the Chinese side is able to offer.”* Under such conditions, confronta-

tion will escalate, and the possibility of localized brinkmanship sparking a war will grow markedly.

On 27 October, Cary Huang of the *South China Morning Post* articulated Beijing’s apprehension that a deadlock in the economic conflicts could soon escalate to a military confrontation. *“As US-China relations deteriorate rapidly on a number of critical fronts including trade, technology, human rights and geopolitics, a series of events has inflamed military-to-military ties and increased the risk of direct military conflict between the powers.”* Because of the unstoppable economic, commercial and technological rise of the PRC, *“the increasing rivalry between the world’s sole superpower and a superpower-in-waiting”* is getting worse than the US-Soviet face-off during the height of the Cold War. The US inability to contain, let alone reverse, the Chinese surge in these spheres compels the US to increasingly rely on the facet where it still remains superior – raw military force. *“There will be the protracted risk of military conflict in the future, in the process of the shift in US-China military relations from cooperative conflict avoidance towards adversarial confrontation.”* The growing US-Sino military brinkmanship is bound to sooner or later deteriorate to an *“almost war”*, just like in the Cuban Missile Crisis of 1962, or even a full-scale war given the high-stakes for both the US and the PRC. *“Growing US presence in [the] South China Sea threatens accident that sparks war,”* Cary Huang points out.

Meanwhile, Xi Jinping’s Beijing is hoping that even as the new Thirty Years War escalates – it will stop short of a military confrontation and actual use of force. Such posture will only expedite the global ascent of China comes 2049. The emerging doctrine is being formulated by Zheng Bijian, the vice-president of the Central Party School who formulated the *“peaceful rise”* doctrine that has defined the PRC’s foreign policy for well over a decade now. Zheng Bijian is convinced that under the conditions of the cur-

rent Sino-US Crisis, “Beijing can seize an opportunity to lead the next phase of globalization.”

On 14 October, Ni Tao reported in the *South China Morning Post*, Zheng Bijian articulated his vision at Fudan University in Shanghai. In the grand scheme of things, “China is resilient enough to withstand a full-blown trade war.” This is because the Chinese “market power” is a fifth unique strength of China’s, after “*considerable productivity, strong national defense, unique cultural power and unparalleled social governance*”. The BRI provides for a “mega world market” that will enable the Chinese “breaking free from Trump’s choke-hold on trade.” Taken together, “China’s market and transcontinental marketplace” provided by the BRI are “pillars” of the “great strategic opportunity”. Zheng Bijian explained that “*by placing itself at the center of world affairs and economic globalization while the US is pulling out, China is building its reputation as a champion of free trade in its quest to win over hearts and minds.*”

Meanwhile, the resilience of the Chinese people will help the PRC withstand the near-term setbacks wrought by the trade war. Therefore, Beijing should tell the Chinese people to “*steel yourself for the looming economic hardship, and remember, whoever sticks it out to the end wins.*” Ultimately, Zheng Bijian emphasized, the PRC’s triumph is inevitable as much because of the clairvoyant policies of Xi Jinping as by Trump’s self-defeating policies. “*Trump’s trade bullying, hectoring attitude toward allies and ravings about US pre-eminence will further estrange the US from its friends. He will drive them into the open arms of China, whatever they may make of Beijing’s posturing.*”

Russian experts have a more nuanced vision for the outcome of the new Thirty Years War. The Kremlin concurs that the US sanctions will only serve to improve the defense relations and tighten the alliance between the PRC and the Russian Federation

(RF). The current US-Sino crisis is indeed the starting point for a fierce and fateful, if hopefully non-violent, Thirty Years War for the future of the entire Eurasia, and even the world. Like the original Thirty Years War, the current war will end with the emergence of a new world order – a new Peace of Westphalia.

Kremlin experts and senior officials foresee a new international system led by four powers – the US, the PRC, the RF, and Germany. Each of these powers will dominate their respective regions while posturing and building systems of alliances for global power and influence. The Kremlin points out that as stipulated in the Common Eurasian Home doctrine originally introduced by President Vladimir Putin, three of the four leading powers – with the PRC by far the most powerful – will have a vast myriad of largely anti-US common interests, as well as mutual dependence on the common economy of the Eurasian Sphere. Thus, for the Kremlin experts and senior officials, the world of 2049 will see the ascent of the PRC as the strongest world power, but not necessarily the indisputable global Hegemon anticipated by Xi Jinping’s Forbidden City.

Left to be determined is how the US will react to the PRC’s ascent – a trend considered inevitable and irreversible by both the Forbidden City and the Kremlin. Beijing is increasingly apprehensive that Trump’s Washington will strive to escalate the new Thirty Years War through increasingly reckless brinkmanship. Whether the likely outbreak of war will be accidental or intentional is secondary for Beijing. Hence, in late October, Xi Jinping formally instructed the PLA to start preparing for war. A historically significant threshold was crossed.

Yossef Bodansky

Yossef Bodansky is a Director at the Prague Society for International Cooperation, and serves on the Board of the Global Panel Foundation and several other institutions worldwide. He has been the Director of Research at the International Strategic Studies Association [ISSA], as well as a Senior Editor for the Defense & Foreign Affairs group of publications, since

1983. He was the Director of the Congressional Task Force on Terrorism and Unconventional Warfare at the U.S. House of Representatives between 1988 and 2004, and stayed on as a special adviser to Congress till January 2009. In the mid-1980s, he acted as a senior consultant for the U.S. Department of Defense and the Department of State.

Opinions expressed in this contribution are those of the author.

This paper was first published in ISPSW Strategy Series: Focus on Defense and International Security, Issue No. 583, October 2018.

www.ispsw.de

BUCHREZENSION

Order Wars and Floating Balance

How the Rising Powers Are Reshaping Our Worldview in the Twenty-First Century

Far from having reached the end of history, we have entered a series of new dialectics of opposing world views. A crucial polarisation in values underlying just such a dialectic is that of the rights and freedoms of the individual, and the needs and requirements of societies as larger entities, with their emphasis on equality rather than unlimited freedoms of the individual. These divergent values crystallise especially around the two poles of „Western“ and Asian values. It is thus most appropriate that this subject is tackled by a „Western“ scholar, the German Andreas Herberg-Rothe, inter alia a specialist on Hegel, Clausewitz, Nietzsche and Lyotard, and an „Eastern“ scholar, the Korean Key-young Son, specialist on Asian international relations.

The authors start from the premise that the current world order is based largely on a waning configuration of Western dominance and thus Western values that had triumphed at the end of both world wars. Eastern nations that do not fully subscribe to Western values with their emphasis on the freedoms of the individual are on the rise, however. We find ourselves in a transitional phase in which power and dominance are being drained away from the West and, in view of their economic strength, flowing to the civilisations of Asia.

Andreas Herberg-Rothe and Key-young Son plead for the creation of a new „floating balance“ between East and West. The East seeks harmony, the West seeks peace: the two should co-operate in preparing a smooth transition on the base of peace and harmony to a new distribution of power in the world. To preserve the freedom of the individual on the one hand and equality for all civilisations and humankind as a whole, the authors prescribe the quest for a „floating balance or harmony of both“, rather than a prioritisation of one over the other: „In the end, [the] ›modern west‹ with its emphasis on rational discourses and [the] ›old east‹ with its emphasis on harmony“ need to „save each other from their retrospective shortcomings in a globalized world by initiating a dialogue between the civilisations“ (p. 130).

Andreas Herberg-Rothe, Key-young Son (ed.), *Order Wars and Floating Balance. How the Rising Powers Are Reshaping Our World-view in the Twenty-First Century*, London, New York (Routledge) 2018, XVI–238 p. (Routledge Advances in International Relations and Global Politics, 133), ISBN 978-1-138-05710-4

Andreas Herberg-Rothe and Key-young Son build on key thinkers from the rich philosophical traditions of Europe and East Asia to explore synergies and convergences in this endeavour. For the West, we are encouraged to look at the teachings of Aristotle, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, John Locke, Immanuel Kant but also Carl von Clausewitz, Hannah Arendt and John Rawls from quite a new angle. Confucius, Laozi, Xunzi, Yu-wei K'ang and Zhu Xi are evoked for the East, but also contemporary scholars like Zhao Tingyang, Xuetong Yan and Lee Kuan Yew, clearly authors whose writings merit much wider study and circulation.

It is worth pondering what freedoms individuals enjoy in the West – these include, in our capitalist society, the right to blight the lives of many of others with impunity: „The financial crisis showed us that the liberty of a few specula-

tors leads to the deprivation of the liberties and the way of living of millions, if not billions of people.“ One does not even have to turn to Eastern philosophers but to Kant and John Stuart Mill to argue that the liberties of individuals should end where they impinge on the basic needs of others, or to John Locke to argue that the right to property should be based upon real labour – and not „casino capitalism“ (p. 128 f.).

Indeed, we are pondering even without any Asian prompting what has gone wrong in our societies where the income gaps within the social market economies of many European countries have increased over recent decades, or where up to a century after women's equality was constitutionally established, we still find sexual harassment and unequal treatment in many places. Or, looking further afield, Americans are beginning to ask themselves, in the light of seemingly endless series of gunmen massacring school children, how the right and liberty to carry arms can be placed above the right to safety.

What the book does not address in equal measure is the pernicious lure of capitalism which has led post-communist states in Europe import what is worst from the West, and is leading Chinese and Koreans alike to neglect their own philosophers' admonitions to seek harmony and equality, rather than status expressed through luxury articles. All sides, it seems, must still learn how to unite to face common threats such as „global warming, chronic financial crises, [and] the widening gap between rich and poor“ (p. 216). All civilisations, it can be rightly argued, stand to gain from pondering the messages of this volume.

Beatrice Heuser

Professor Beatrice Heuser is Professor of International Relations (Politics) at the University of Glasgow.

This paper was first published in "Francia-Recensio" [https://journals.ub.uni-heidel-](https://journals.ub.uni-heidel-berg.de/index.php/firrec/article/view/48477)

[berg.de/index.php/firrec/article/view/48477](https://journals.ub.uni-heidel-berg.de/index.php/firrec/article/view/48477)
Opinions expressed in this contribution are those of the author.

THEMEN

The Historic 2018 Maritime Boundary Treaty between Timor-Leste & Australia

On March 6, 2018, the Foreign Ministers of Australia and the Democratic Republic of Timor-Leste signed a landmark maritime boundary treaty at the United Nations in New York. This treaty was the result of unique conciliation proceedings under the United Nations Convention on the Law of the Sea.

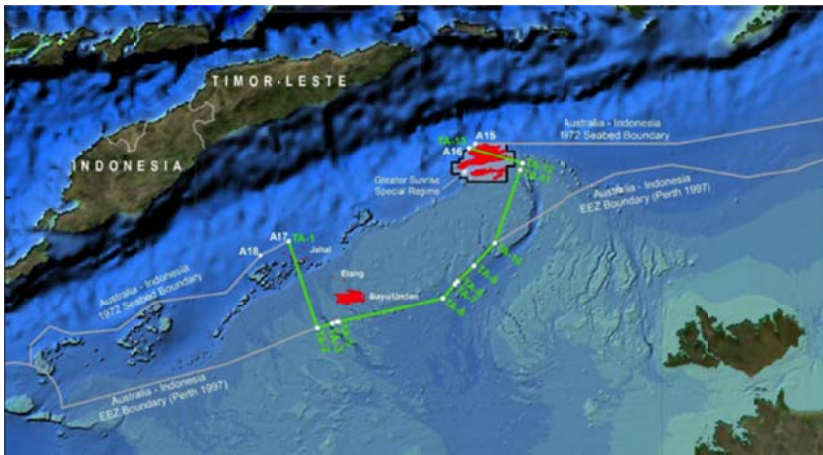
To understand this historic achievement, I am going to trace the history of the longstanding maritime disputes in the Timor region. I will analyse the results of the conciliation proceedings and the special aspects of that process and see what lessons can be learnt for the resolution of similar disputes.

Previous treaty arrangements

In 1971/72 Indonesia and Australia concluded two maritime boundary treaties which gave Australia considerable advantages in the delineation of the boundaries in the so called Timor Gap, an area with lucrative oil and gas fields. Portugal, the then colonial power in East Timor and East Timor itself were not part of the negotiations. The 1989 Australian-Indonesian "Timor Gap Treaty" dealt with the joint exploration of the oil resources without addressing the respective territorial claims. The treaty became invalid after East Timor's independence. The government of the newly established nation, Timor-Leste, signed the Timor Sea Treaty with Australia in 2003 which established the Joint Petroleum Development Area (JPDA). The treaty outlined the joint exploration of oil and gas resources in the Timor Gap and divided the revenues heavily in favour of Australia. In 2007 the "Treaty on Certain Maritime Arrangements in the Timor Sea" (CMATS) came into force. It demarcated the Greater Sunrise gas fields in the Timor

Gap in a way more favourable to Australia.

The prevailing political sentiment in Timor-Leste was that CMATS was an unfair deal and impeded the economic development of the young nation. The dispute became an issue of sovereignty. Moreover, the government was (and still is) under time pressure as the Bayu Undan gas field within the JDP, Timor-Leste's main source of income since 2004, is expected to run out of gas by 2022. **Timor-Leste terminated the CMATS treaty in January 2016.**



It was in this context that Timor-Leste unexpectedly announced in April 2016 that it was initiating compulsory conciliation proceedings against Australia. It invoked, **for the first time ever**, Annex V of the 1982 United Nations Convention. This was the only avenue open to it. Conciliation proceedings are compulsory for UNCLOS member states. As a signatory to UNCLOS, Australia had no choice but to submit to the procedure despite its initial immediate protestations. Both Australia and Timor-Leste named its own two members for the Commission. These four law expert members then appointed the Chairman. The mandate of the five member Commission was extended to also include facilitation of an agreement on the development of the Greater Sunrise fields. The bilateral negotiations thus had to be opened and also included the consortium partners of the Greater Sunrise fields, headed by the Australian company Woodside.

The proceedings were in uncharted territory but the process was fast and efficient. After only one year, the two countries accepted a UNCC package deal on the most important points. On that basis, the Australian and Timor-Leste Foreign Ministers signed the treaty on 9 March 2018. The UNCC came out with its final recommendations report in May 2018.

What was the outcome of the conciliation?

The main achievement of the UNCLOS assisted process was that the bilateral Treaty established for

the first time their maritime boundary in the Timor Sea. It also finalized a new upstream revenue sharing agreement. But it did not contain details on the development of the Greater Sunrise fields.

- Both parties agreed on permanent and final maritime boundary, thus achieving the main aim of the conciliation. The new 2018 treaty drew a median line between Australia and Timor-Leste with two connecting lateral lines which run north of the old 1972 Australian-Indonesian continental shelf boundary. Both parties agreed on modified equidistance lines for both lateral lines which included a unique “dog leg” configuration for the eastern lateral boundaries. It placed 70 % of the Greater Sunrise field in Timor-Leste’s maritime territory.
- The Treaty also included an upstream revenue sharing agreement depending on where the gas pipeline would end. Timor-Leste would re-

ceive 70% in the event that the gas is piped to an LNG plant in Timor-Leste with Australia receiving 30%. Timor-Leste would receive 80 % of the revenues in the event of the oil and gas is piped to and processed in Darwin with Australia receiving 20%.

- The Treaty addressed the question of the commercial development of the Sunrise gas fields: The two parties are to establish the Greater Sunrise Special Regime whereby they jointly exercise their rights as coastal states. Woodside, the main consortium partner, states on its website: “We look forward to an agreement that allows for the earliest commercialisation of the Greater Sunrise fields, which promises great benefits for all parties.”

So far, there has been no agreement among the different parties on the recommendations of the Commission as to the commercial development of the gas field. For domestic political and economic reasons, Timor-Leste always insisted on a pipeline and a LNG processing plant on its soil - in spite of the extremely high investment needed. But the four Consortium partner firms have made it clear that they found the option of investing in a LNG plant in Timor-Leste economically not viable.

What was special about the UNCLOS proceedings?

- Both parties had to submit to the conciliation process, as it was compulsory for both of them to do so. (“Interstate Compulsory Conciliation Procedure”, Laidlaw and Hao) However, the UNCC’s final recommendations are non-binding. The parties are however required to consider the recommendations “in good faith”.
- A timeline of only 12 months had been imposed. That helped to focus and to speed up the discussions. Later this timeline was extended to help the parties in their discussions on the development of Greater Sunrise.

- After initial strong reluctance on the part of Australia to engage in this process, both parties were eager to find solutions and participated in a constructive way.
- The choice of the five members of the UN Commission (conciliators) was excellent as all of them were highly renowned and experienced international experts who stayed neutral throughout the process.
- The Commission held 13 rounds of meetings with the parties, met them separately and visited Timor-Leste and Australia. With confidence building measures, the Commission helped create an environment conducive to negotiations.
- The conciliation mechanisms gave each side the possibility to save face. It also gave them the necessary space to find new viable solutions which protected their respective national interests.

What lessons can be learnt for similar disputes?

- The neutrality and the quality of the appointed Commission members is vital to the outcome of any conciliation process.
- The success of these “assisted negotiations” will depend on the willingness of the parties to consider new approaches to old problems (the dog leg configuration of the eastern lateral lines).
- Another factor is the capacity of one or both parties to make compromises and to give up core demands or parts of them without losing political face. (Australia giving up the continental shelf position and Timor-Leste the median line position).
- Political timing is essential. Australia seemed to have realized that it needed to appear as a fair party which acknowledges the Timor-Leste claim to

sovereignty, especially in view of Australia’s position on the 2016 South China Sea ruling. Australia wanted to be seen to be a good international citizen by adhering to international rules-based order and respecting territorial claims of a smaller neighbouring country.

- If highstake commercial interests of private companies are involved, the prospects for a clear-cut outcome become less likely. The Commission had spelt out the various possibilities for the commercial development of the gas field. However, the uncertainty continues. The Timor–Leste government urgently needs an early decision but the venture partners are shying away from a major investment.

Conclusion

The historic 2018 Maritime Boundary Treaty was the result of a new and unique UN Conciliation Process. It demarcated for the first time a maritime boundary between the two nations. It increased the revenue sharing ratio of gas reserves in favour of Timor-Leste. But it has not solved the important question of the commercial development of the gas field. Nonetheless, the treaty was an important political victory for Timor-Leste. And it helped Australia to project itself as a responsible international player which respects the rights of small nations. One can expect that the speedy and efficient UNCLOS conciliation proceedings can be a model for the settlement of other maritime disputes and sovereignty issues in other regions.

Dr. Anne-Marie Schleich

Ambassador (retired) Dr. Anne-Marie Schleich was the German Ambassador to New Zealand and seven Pacific Island States from 2012 to 2016. She was the German Consul-General in Melbourne, Australia from 2008 to 2012. Opinions expressed in this contribution are those of the author.

This paper was presented during the KAS–CSIS Germany - Indonesia Strategic Dialogue Conference in Jakarta, November 6, 2018. It was first published by ISPSW/CSS ETH Zurich in August 2018.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der **pmg**

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der **pmg**.

